NIEDERSCHRIFT StuB/12/2006

über die Sitzung **des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 16.05.2006 im **Sitzungssaal des Rathauses.**

Vorsitzender:

Herr Jochen Dübbelde

Ausschussmitglieder:

Herr Thomas Hagemann

Herr Bernhard Kortmann

Herr Willi Krause

Herr Hermann-Josef Menting

ab Verlauf zu TOP 1. ö. S.

Vertretung für Herrn Karl-Heinz Ueding

Frau Brigitte Mollenhauer

Herr Franz Becks

Frau Gabriele Mönning

Herr Hans-Joachim Spengler

Herr Klaus Wieling

Herr Ulrich Schlieker

Vertretung für Herrn Roggenkamp

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Frau Michaela Besecke

Herr Gerd Mollenhauer

Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Entlastungsstraße westlich um Billerbeck

Herr Mollenhauer verweist auf die Sitzungsvorlage und teilt ergänzend mit, dass der Kreisausschuss über die Übernahme der Straßenbaulast morgen abschließend entscheiden werde. Zurzeit werde von einem Planungsbüro eine konkrete Trassenplanung erstellt. Damit werde aber noch keine Trasse festgeschrieben, sondern das Planverfahren beginne erst und werde sich entwickeln. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, den

Eigenanteil des Kreises zu übernehmen und zunächst eine Bürgerinformation durchzuführen.

Herr Kortmann regt an, die Entlastungsstraße bis zur Nottulner Straße weiterzuspannen.

Herr Mollenhauer geht davon aus, dass es aufgrund der bereits vorhandenen Umgehungsstraße keine zweite Spange geben werde.

Herr Schlieker legt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass sie grundsätzlich keine Probleme mit der Entlastungsstraße hätten. Im Bezirksausschuss sei aber bereits darauf hingewiesen worden, dass noch ein ökologisches Gutachten fehle und außerdem eine Verkehrszählung durchgeführt werden müsse, um zu sehen, ob die Straße überhaupt einen Nutzen bringe. Des Weiteren wolle er gerne wissen, woher das Geld für die Übernahme des Eigenanteiles des Kreises genommen werden solle. Letztendlich fordere er die Vorlage eines Gesamtkonzeptes im Hinblick auf den LKW-Verkehr. Ihm schwebte vor, die Nottulner Straße grundsätzlich für den LKW-Verkehr zu sperren und die LKW über die neue Umgehungsstraße nach Darup zu leiten. Ziel einer jeden Umgehungsstraße müsse sein, Schwerlastverkehr aus der Innenstadt heraus zu halten.

Herr Hagemann unterstreicht, dass es auch für die CDU-Fraktion wichtigstes Ziel sei, die Innenstadt und besonders die Osterwicker Straße vom Schwerlastverkehr zu entlasten. Deshalb sei es gut, dass der Kreis und das Land ihre Zustimmung zur Einplanung der Straße signalisiert hätten. Glücklicherweise gebe es in Hamern ein großes Gewerbegebiet mit vielen Arbeitsplätzen, hierfür müsse etwas getan werden. Deshalb sollte das Vorhaben jetzt nicht verzögert werden indem ein Gesamtkonzept gefordert werde. Die Notwendigkeit der Planung sei doch allen klar.

Herr Schlieker entgegnet, dass er die Erstellung eines Gesamtkonzept im vorhinein für notwendig erachte, weil LKW von der Autobahnabfahrt Nottuln kommend über die Nottulner Straße nach Billerbeck geleitet würden und nicht wie gewünscht um Darup herum und dann über die L 580 nach Hamern.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass bei einem Zurückstellen u. U. die Entlastungsstraße nicht in die Einplanung hineinkomme. Im Übrigen sei die Einplanung nur ein grobes Signal, dass weiter geplant werden könne, mehr nicht.

Herr Wieling kann sich mit den von Herrn Schlieker geforderten Details zwar anfreunden, aber Herr Mollenhauer habe den Zeitplan beschrieben und bis dahin bleibe ausreichend Zeit, die Dinge zu regeln. Eine vernünftige Verkehrsführung gehöre sicherlich dazu. Von daher seien die Anregungen von Herrn Schlieker verwertbar, sie schlossen aber nicht aus, das vorliegende Konzept weiter zu verfolgen. Die Bedeutung dieser Umgehungsstraße sei nicht nur wichtig für das bestehende Gewerbegebiet Hamern sowie die geplante Erweiterung, sondern auch für die Osterwi-

cker Straße; die Immissionen breiteten sich aus bis ins Wohngebiet Wülen. Zudem ergebe sich durch die Entlastungsstraße möglicherweise ein Entwicklungspotential im Hinblick auf Baugrundstücke, die hierdurch erschlossen werden könnten.

Zu der von Herrn Schlieker aufgeworfenen Frage nach der Finanzierung des Eigenanteils teilt Frau Dirks mit, dass die Übernahme von 25% der Gesamtkosten nur möglich sei, indem die Kosten in die Finanzplanung eingebaut und auf mehrere Jahre verteilt werden sowie andere Maßnahmen zurückgestellt werden. Das sei der Aufsichtsbehörde so dargelegt worden und sei auch Voraussetzung für den Landrat gewesen, der Übernahme der Baulast positiv gegenüber zu stehen.

Auf Einwand von Herrn Schlieker dass er wissen wolle, welche Maßnahmen zurückgestellt werden, entgegnet Frau Dirks, dass hierüber zu gegebener Zeit der Rat entscheide.

Herr Schlieker ist weiter der Meinung, dass den Bürgern vor der Bürgerbeteiligung die Möglichkeit gegeben werden müsse, auf eine Verkehrszählung und ein Gesamtkonzept zurückgreifen zu können, um entsprechend argumentieren zu können.

Frau Mollenhauer vertritt die Auffassung, dass man besser weiter komme, wenn in Teilabschnitten gedacht werde, wie von der Verwaltung vorgeschlagen. Die K 13n sei auch so entstanden und werde gut angenommen.

Auf Nachfrage von Herrn Wieling zu den Grundstücksverhältnissen und den Chancen, das Planungsrecht über einen Bebauungsplan zu schaffen, teilt Herr Mollenhauer mit, dass ca. 8 Grundstückseigentümer betroffen seien und die Gespräche ergeben müssten, inwieweit Verkaufsbereitschaft bestehe.

Herr Becks weist darauf hin, dass jetzt ein anderer Plan gezeigt werde als den Ausschussmitgliedern mit der Einladung übersandt wurde und fragt nach, ob daraus zu schließen sei, dass eine Realisierung durch die Berkelaeue nicht möglich ist.

Eine Realisierung sei in einem zweiten Bauabschnitt später angedacht, wobei dann die bestehende Brücke aufgegeben werden müsse, so Herr Mollenhauer.

Herr Kortmann wiederholt noch einmal seinen Gedanken, die Weiterführung der Umgehungsstraße bis zur Nottulner Straße nicht außer Acht zu lassen.

Von Herrn Becks nach dem Zeitplan befragt, teilt Herr Mollenhauer mit, dass unter optimalen Bedingungen eine Realisierung in 2008 möglich wäre.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Realisierung einer Entlastungsstraße westlich um Billerbeck ist anzu-

streben. Die Stadt Billerbeck übernimmt den Eigenanteil des Kreises Coesfeld unter dem Vorbehalt der Absicherung der erforderlichen Mittel in der Finanzplanung der folgenden Jahre.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Stimmabgabe: 10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

2. 34. Änderung des Flächennutzungsplanes und 2. Änderung des Bebauungsplanes "Schildstuhl"

hier: Vorstellung von Planungsvarianten

Der Ausschussvorsitzende verliest zunächst eine ihm vor der Sitzung übergebene Bürgereingabe (Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Frau Besecke stellt dann zwei Planvarianten vor, die Grundlage für eine vorgezogene Bürgerbeteiligung sein sollen.

Herr Hagemann weist darauf hin, dass die im Flächennutzungsplan eingezeichnete Grünfläche nicht mit der Örtlichkeit übereinstimme. Deshalb spreche nach seiner Meinung nichts gegen eine Überbauung der rechten Fläche. Auf der linken Seite sei die Bebauung aber überzogen, die Grünfläche müsste größer werden. Deshalb könne er der Variante 2 nicht zustimmen.

Frau Besecke führt aus, dass die Grünfläche auch in den mittleren Bereich verlegt werden könnte, weil hier die Böschung besonders stark ist, wobei die Attraktivität einer Grünfläche im Kreuzungsbereich sicherlich größer sei. In der frühzeitigen Bürgerbeteiligung sollte die Meinung der Bürger abgefragt werden, da viele Varianten denkbar seien.

Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als wenn nur diese Fläche überplant werden solle, so Herr Wieling. In der Innenstadt seien bereits mehrere Grünflächen überplant worden. Bei dieser Fläche gebe es Interessen der Nachbarschaft als auch möglicher Bauherren. Diese sollten sich an einen Tisch setzen und das Interesse ausloten. Danach sollte dann hier über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Herr Spengler weist Herrn Hagemann darauf hin, dass der Bewuchs auf der linken Seite der Fläche im Zuge der unlängst durchgeführten Baumaßnahme bereits abgeholzt wurde.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Im Verfahren zur 34. Änderung des Flächennutzungsplanes -Schildstuhl- und zur 2. Änderung des Bebauungsplanes "Schildstuhl" ist die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

**3. 5. Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Hahnenkamp"
hier: Einleitung eines Änderungsverfahrens**

Mit dem Hinweis, dass der eingereichte und der Sitzungsvorlage beige-fügte Lageplan nicht korrekt sei, stellt Frau Besecke den richtigen Plan vor. Diesem Plan sei zu entnehmen, dass das Gebäude weiter vorstehe als in dem Lageplan dargestellt, der den Ausschussmitgliedern vorliege. Würde das Gebäude wie beantragt erweitert, würde im vorderen Bereich nur ein Abstand von 2,61 m zur öffentlichen Fläche eingehalten. Im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller Bürger sollte darauf geachtet werden, dass zumindest zur öffentlichen Straße und Grünfläche ein Abstand von 3,00 m eingehalten werde. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Vorgartenflächen für heutige Verhältnisse „riesig“ seien und in der Vergangenheit in anderen Bereichen schon einmal Änderungen vorgenommen wurden, werde verwaltungsseitig unter der Voraussetzung, dass ein Abstand von 3,00 m zur öffentlichen Grünfläche eingehalten werde, vorgeschlagen, den Bebauungsplan zu ändern.

Zum Vorschlag des Herrn Hagemann, dem Antragsteller „das kleine Dreieck“ zu veräußern, weist Frau Besecke darauf hin, dass dort viele Leitungen verlegt seien.

Frau Mollenhauer fragt nach der Größe der öffentlichen Grünfläche. Frau Besecke teilt mit, dass sie 43 qm groß sei, in der Örtlichkeit aber nur noch ca. 20 qm als öffentliche Grünfläche wahrgenommen würden.

Herr Wieling wirft ein, dass das Grundstück des Antragstellers groß genug sei, um nach hinten anzubauen. Er habe die Sorge, dass ein Präzedenzfall geschaffen werde, der weitere Anträge nach sich ziehe. Schließlich habe es bei Aufstellung des Bebauungsplanes Begründungen dafür gegeben, dass gerade in den Kreuzungsbereichen die Abstände zu den Gebäuden größer sein sollen.

Herr Hagemann sieht in diesem Fall eine Ausnahmesituation, weil es sich um einen außergewöhnlich großen Vorgarten handle, in dem sich ein Anbau anbiete, zumal die ursprüngliche Struktur erhalten bleibe. Wenn ein Abstand von 3,00 m zur öffentlichen Fläche eingehalten werde, könne er sich mit einer Änderung des Bebauungsplanes anfreunden, auch weil die Übersichtlichkeit des Kreuzungsbereiches nicht beeinträchtigt würde.

Herr Wieling hält Herrn Hagemann entgegen, dass es sich nicht um einen Ausnahmefall handle, die Häuser Nr. 9 und 10 verfügten ebenfalls über einen großen Vorgarten. Im Übrigen diene die Staffelung der Übersichtlichkeit. Die Struktur sei klar zu erkennen und logisch. Er habe Bedenken, diese gewollte Form der Staffelung aufzugeben. Ein Anbau nach hinten sei ohne Bebauungsplanänderung möglich.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass bei der bisherigen Diskussion die Topographie außer Acht gelassen wurde. Da das bestehende Gebäude wesentlich niedriger als die Straße liege, würde eine Bebauung im Vorgarten nicht so stören. Außerdem könnte dem Antragsteller aufgege-

ben werden, die öffentliche Fläche zu pflegen.

Herr Wieling wirft die Frage auf, welches Interesse die Stadt daran habe, die Fläche abzugeben, schließlich biete sie auch die Möglichkeit für eine Verkehrsberuhigung.

Frau Mönning kann sich erinnern, dass zu Beginn dieses Baugebietes einige Bauherren von der gewollten Struktur abweichen wollten, was damals nicht genehmigt wurde. Diese würden auf den Plan gerufen, wenn jetzt einer Ausnahme zugestimmt werde.

In der weiteren Diskussion werden verschiedene Möglichkeiten angesprochen, um die Schaffung eines Präzedenzfalles zu verhindern. So wird u. a. ein Verkauf der gesamten Grünfläche oder einer Teilfläche an den Antragsteller vorgeschlagen.

Nachdem Herr Mollenhauer darauf hinweist, dass bei einer Veräußerung der Fläche zu beachten sei, dass die Fläche im Bebauungsplan als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen sei, stellt Herr Wieling den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Antragsteller noch einmal nach anderen Möglichkeiten zu suchen.

Diesem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt.

4. **Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Sondergebiet ehemalige Weberei Conze & Colsmann"**

Frau Besecke geht auf die Verwaltungsvorlage ein. Insbesondere zitiert sie aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 24. November 2005, wonach Nebenflächen in Verkaufsflächen eingerechnet werden müssen. Das bedeute, dass heute schon die Verkaufsfläche überschritten werde. Da das Urteil aber erst nach dem Bau des Lidl-Marktes gefällt wurde, bestehe Bestandsschutz. Durch den Anbau würde die Verkaufsfläche noch weiter überschritten.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass der geplante Anbau die städtebauliche Qualität einschränken würde. Damals sei lange um den Glasvorbau, der die gesamte Situation prägen sollte, gekämpft worden.

Herr Kortmann legt dar, dass die CDU-Fraktion das anders sehe, gerade weil der Antragsteller mit seinem Bauantrag den gesetzlichen Verpflichtungen bzgl. der geänderten Verpackungsverordnung nachkomme. Es komme immer auf den Einzelfall an und jedes Urteil müsse individuell betrachtet werden. Städtebauliche Probleme sehe er ebenfalls nicht und die hinter dem Anbau liegenden Parkplätze könnten auch noch angefahren werden. Im Übrigen müsse ein möglicher Ladenleerstand verhindert werden.

Frau Dirks betont, dass die neue Verpackungsverordnung nicht nur für den Lidl-Markt gelte, sondern für andere Geschäfte auch. Weitere Anträge auf Einrichtung eines Pfandraumes lägen aber nicht vor.

Frau Mönning wundert sich, dass Lidl es nicht schaffe, was andere Supermärkte längst geschafft hätten, nämlich die Aufstellung eines Pfandrücknahme-Automaten im Verkaufsraum. Es sei doch eindeutig, dass Lidl zusätzliche Verkaufsflächen schaffen wolle.

Herr Wieling und Herr Becks werfen ein, dass Lidl gegenüber der Konkurrenz übervorteilt würde, wenn dem Antrag zugestimmt werde.

Frau Besecke gibt zu bedenken, dass hier ein Pfandraum in einer Größenordnung beantragt worden sei, der ungewöhnlich groß sei. Außerdem sei bereits bei den ersten Verhandlungen mit Lidl zur Errichtung des Supermarktes klar gewesen, dass eine neue Verpackungsordnung eingeführt werde.

Für Herrn Schlieker sind die Fakten klar. Das Bauvorhaben widerspreche dem Bebauungsplan und dem BVG-Urteil und ist daher abzulehnen.

Herr Wieling gibt noch zu bedenken, dass der geplante Anbau mit den Maßen von 17,39 x 5,13 m der Größe eines Hauses entspreche und für einen Pfandraum doch nicht notwendig sei.

Die Fa. Lidl sei um Alternativen gebeten worden, so Frau Dirks, aber die Gespräche hätten zu keinem Ergebnis geführt, es sei immer wieder dieser Antrag vorgelegt worden.

Herr Dübbelde führt an, dass das Gericht entschieden habe, dass die beantragte Fläche zur Verkaufsfläche hinzuzurechnen sei, des Weiteren habe der Kreis signalisiert, dass die Überschreitung der Baugrenzen nicht genehmigt würde. Die Größenordnung lasse vermuten, dass dort etwas anderes passieren soll.

Herr Wieling stellt schließlich den Antrag, über den Verwaltungsvorschlag abstimmen zu lassen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Es wird kein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes "Sondergebiet ehemalige Weberei Conze & Colsman" eingeleitet.

Stimmabgabe: einstimmig

**5. Fahrradfreundliche Stadt
hier: Sachstandsbericht über vorgesehene Markierungsarbeiten im Zuge von Landstraßen**

Herr Mollenhauer berichtet mittels Folien über die Maßnahmen, die der Landesbetrieb umsetzen wolle.

An der Darfelder Straße/Holthäuser Straße/Münsterstraße/Nottulner Straße sollen dort, wo noch keine Furten markiert sind, diese markiert werden und wo noch nicht vorhanden, sollen sie eine rote Einfärbung erhalten.

Weiter berichtet Herr Mollenhauer, dass der Landesbetrieb signalisiert habe, falls der Bürgerentscheid zu einer Aufgabe der Platanen führe, dass dann von unten gesehen auf der rechten Straßenseite ein Radfahrstreifen markiert würde. Bzgl. der Anlegung des Rad- und Gehweges werde jetzt eine Detailplanung erstellt. In diesem Zusammenhang sei auch die Überplanung der Ampelkreuzung Darfelder Straße angesprochen worden. Hier sollen im Bereich Beerlager Straße Aufstellflächen für Radfahrer geschaffen werden.

Für die Holthäuser Straße und Darfelder Straße müsse überprüft werden, ob ggf. eine Radfahrspur für Linksabbieger oder eine Aufstellfläche für Radfahrer angelegt werde. Ob dieses mit umgesetzt werde, sei aber noch offen, weil für die Schaffung von Aufstellflächen die Induktionsschleifen verlegt werden müssen, was mit einem erheblichen Aufwand verbunden sei.

Herr Becks bittet bei diesen Überlegungen auch den Radfahrverkehr von der Josefstraße zum Bahnhof und zurück zu berücksichtigen. Hier komme es oft zu gefährlichen Situationen.

An der Industriestraße sei vorgesehen, so Herr Mollenhauer, im Bereich der Grünfläche die Furt für Radfahrer zu verlängern.

Der Kreisverkehr sei um weitere Halbkugeln ergänzt worden. Hier solle der Endzustand geschaffen werden mit abgerundeten Hochborden und der Entsiegelung des Innenkreises. Dort könnte ggf. ein Baum gepflanzt werden.

Herr Wieling regt an, die Gehwege rund um den Kreisverkehr zu sichern. Insbesondere im Bereich der zum Landhandel gehörenden Waage werde der Gehweg ständig von PKW und LKW überfahren. Hier sollte ggf. ein Poller aufgestellt oder ein Hochbord angelegt werden.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass eine Zufahrt zur Waage ermöglicht werden müsse und deshalb die Absenkung so angelegt worden sei.

Weiter berichtet Herr Mollenhauer, dass für die Industriestraße/Hagen eine komplette Detailplanung angefertigt werde, wo ggf. Angebotsstreifen angelegt werden können. Hinsichtlich der Markierungen werde diese Straße zurückgestellt, weil der Landesbetrieb eine komplette Oberflächenenerneuerung für 2007 plane. Hierdurch biete sich die Möglichkeit, die Induktionsschleifen im Ampelkreuzungsbereich zu verlegen, um Aufstellflächen für Radfahrer zu schaffen.

Außerdem werde zurzeit der Innenbereich überplant, um Abstellflächen für Räder zu überdenken. Ein entsprechender Plan und Muster würden noch vorgestellt.

Die Beschilderung der Einbahnstraßen (frei für Radfahrer in beide Richtungen) sei weitestgehend abgeschlossen.

Herr Dübbelde gibt den Hinweis eines Polizisten weiter, wonach für Radfahrer die Zu- und Abfahrt zum Firmengelände Bergmann an der Holthäuser Straße schwierig sei.

6. Mitteilungen

6.1. ILEK-Projekte - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer berichtet, dass drei Projektgruppen gebildet wurden und er in dem Arbeitskreis "Dorfentwicklung, Innenstadt und Kultur" mitarbeite. Hier seien verschiedene Vorschläge erarbeitet worden, wie z. B. die Darstellung der ehemaligen Stadttore Billerbecks, barrierefreie bzw. generationsgerechte Baumberge-Orte sowie eine Dombauhütte am Ludgerus-Dom.

Die Projekte, die umgesetzt werden sollen, würden vorher in einer Sitzung vorgestellt.

Seitens der Mitglieder der SPD-Fraktion wird eingeworfen, dass sie bereits vor längerer Zeit Anträge hinsichtlich einer Dombauhütte und der Stadttore gestellt hätten.

Ihm sei es wichtig, so Herr Wieling, dass die Identität Billerbecks in besonderer Weise dargestellt werde und deutlich werde, dass in Billerbeck eben nicht alles so ist, wie in den Nachbarorten. Die von Herrn Mollenhauer geschilderten drei Projekte würden sicherlich zur Attraktivitätssteigerung der Region und der Stadt Billerbeck beitragen.

6.2. Verwaltungsrechtsstreit Windenergie - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Stadt im Verwaltungsgerichtsstreit um die Windenergie gewonnen habe, ob Berufung eingelegt werde, entscheide sich in der nächsten Woche. Eine Kopie des Urteils mit Begründung überreicht er jeder Fraktion.

7. Anfragen

7.1. Baum an der Rathausstraße - Herr Schlieker

Herr Schlieker gibt die Anfrage eines Bürgers weiter, ob der große alte Baum in der Nähe des überplanten Geländes an der Rathausstraße Bestandsschutz habe.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es in Billerbeck keine Baumsatzung gebe, der Baum im Bebauungsplan aber als zu erhalten dargestellt sei.

7.2. Barrierefreies Billerbeck - Herr Menting

Herr Menting bezieht sich auf den Vortrag von Herrn Walbaum und Frau Ahlers von der Interessengemeinschaft barrierefreies Billerbeck in diesem Ausschuss. Sie hätten damals u. a. den Wunsch geäußert, die Oberflächenbeschaffenheit des Gehweges vor dem Archidiakonat behindertengerecht umzugestalten. Herr Menting erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass für die Umgestaltung von 8 Bus-

haltstellen ein Förderantrag gestellt worden sei. Für 4 Bushaltestellen sei eine Förderung genehmigt worden. Für die anderen 4, u. a. am Archidiakonat, sei eine Förderung für 2009 eingeplant. Es werde versucht, diese eine Bushaltestelle vorher gefördert zu bekommen.

7.3. Bauruine an der Kampstraße - Herr Menting

Von Herrn Menting nach dem Sachstand befragt, führt Frau Besecke aus, dass die Antragstellerin aus gesundheitlichen Gründen um Fristverlängerung gebeten habe. Sie habe den Antrag zur Errichtung einer Garage zurückgezogen und einen neuen Antrag gestellt. Sie gehe davon aus, dass in der Sitzung vor den Sommerferien hierüber beraten werde.

Herr Becks wirft ein, dass ihm die Sache zu lange dauere, Stadt und Kreis seien „gelinkt“ worden.

7.4. Rückbau des Wohnhauses Ecke Coesfelder Straße/Kerkeler - Herr Menting

Herr Menting erkundigt sich, wie lange die Frist zum Rückbau noch laufe. Frau Besecke teilt mit, dass der Rückbau auf eine genehmigungsfähige Anlage ihres Wissens inzwischen erfolgt sei. Die Frist laufe im Herbst aus.

7.5. Katastrophaler Zustand der Nottulner Straße - Herr Hagemann

Herr Hagemann weist auf den katastrophalen Zustand der Nottulner Straße hin und fragt nach, ob neue Erkenntnisse vorlägen.

Frau Dirks geht davon aus, dass die Nottulner Straße wohl mit den vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln zur Sanierung der Straßenoberflächen instand gesetzt werde. Weitere Informationen, z. B. über den Zeitpunkt, lägen ihr aber nicht vor.

7.6. Barrierefreies Billerbeck - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer moniert, dass der von der Interessengemeinschaft barrierefreies Billerbeck mit oberster Priorität geäußerte Wunsch bzgl. der barrierefreien Umgestaltung des Pflasters auf dem Gehweg vor dem Archidiakonat von der Verwaltung noch nicht umgesetzt wurde.

Frau Dirks weist darauf hin, dass das Auswechseln des Pflasters Geld koste. Es sei immer wieder darauf hingewiesen worden, dass diese Maßnahme im Zuge der geförderten Anlegung von Bushaltestellen umgesetzt werde. Herr Mollenhauer habe hierzu vorgetragen.

Herr Wieling kritisiert, dass hier nur ein Teil der von der Interessengemeinschaft barrierefreies Billerbeck (IBB) vorgetragenen Maßnahmen angesprochen werde und viele andere Dinge, wie z. B. die Verbesserung der Oberflächenbeschaffenheit vor dem Eingang zur Behindertentoilette im Rathaus ebenfalls noch ausstünden.

Herr Mollenhauer erläutert, dass er mit der IBB intensiv im Gespräch

stünde. Die Vertreter des Vereins hätten Verständnis dafür, dass nicht alles gleichzeitig umgesetzt werden könne. Wenn die Fördermittel bewilligt worden wären, wäre ein Teil der Maßnahmen bereits umgesetzt worden. Jetzt werde versucht, die Maßnahmen sukzessive aufzuarbeiten.

7.7. Rechts-vor-links-Regelung Zu den Alstätten/Am Brunnenbach - Herr Wieling

Er sei mehrfach darauf angesprochen worden, so Herr Wieling, dass aufgrund des Straßenausbaues an der Kreuzung Zu den Alstätten/Am Brunnenbach dort nicht die Rechts-vor-links-Regelung gelte und erkundigt sich, ob das tatsächlich der Fall sei.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung zugesagt.

Jochen Dübbelde
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin